

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quip  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### „Sofortige“ Sozialisierung

Vor der Revolution hat sich die deutsche Arbeiterschaft so gut wie gar nicht darum gekümmert, wie denn eigentlich die Einführung der sozialistischen Wirtschaftsweise geschehen solle. Auch die sozialdemokratische Partei hatte soviel mit der sogenannten Gegenwartspolitik zu tun, daß dieser Hauptpunkt ihres Parteiprogramms fast gänzlich außer Acht gelassen wurde. Das ist allerdings nicht von ungefähr gekommen. Nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 ertönte auf bürgerlicher Seite der Ruf nach dem „geistigen Kampfe“ gegen die Sozialdemokratie und es zogen allerlei streitbare Kämpfer ins Feld, um die Sozialdemokratie „geistig“ zu vernichten. Es erschienen viele Schriften, die nachweisen sollten, daß die sozialistische Lehre falsch sei. Einer der lautesten Kräfte im Streit war der Freisinnige Eugen Richter, dessen sich die älteren unserer Leser noch erinnern werden, der jedoch den jüngeren so gut wie gänzlich unbekannt sein wird. Auch im Reichstag hat man damals tagelang für oder gegen den Sozialismus gestritten. Wenn bei diesen Gelegenheiten von den Gegnern des Sozialismus auch mancher Unsinn verzapft wurde, so dürfen wir uns heute doch eingestehen, daß die sozialdemokratische Partei nicht glänzend abschnitt, soweit es sich darum handelte, genauere Angaben über Einzelheiten der von ihr angestrebten Wirtschaftsweise zu machen. Das war ja allerdings auch eine schwierige Sache, damals noch schwieriger als heute. Die Partei warf sich dann am 30. März auf die Gegenwartspolitik, forderte den Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung und im übrigen ließe sie von den Fehlern ihrer Gegner. Von diesen gab es ja genug und die Partei gedieh dabei. Wenn die Rede auf den „Zukunftstaat“ kam, so half man sich gewöhnlich mit dem Hinweis darauf, daß Liebknecht im Jahre 1890 auf dem Parteitag zu Halle gesagt hatte:

Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staat scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftstaat hinein, gerade wie der Zukunftstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes, nichts 12 Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. (Protokoll Seite 204.)

Diese Bemerkung Liebknechts wurde zu einem Schlagwort, das die überwiegende Mehrzahl von Sozialisten zu dem Glauben verleitete, man brauche sich um die Vergeßlichkeit der Gütererzeugung nicht mehr zu kümmern, denn wenn die Zeit dazu da sei, so werde sie uns schon wie eine reife Frucht in den Schoß fallen. Man solle nur eine kräftige Vorarbeit dazu besorgen, indem man den „kapitalistischen“ Staat aufs schärfste bekämpfe.

In den weitverbreiteten Erläuterungen zum Erfurter Programm von Kautsky und Schönland schreibt Kautsky im Abschnitt 5 (Der Sozialismus):

Der unseren Standpunkt begriffen hat, für den ist es klar, daß es unmöglich ist, voranzufahren, wie die sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft aussehen wird. Sie wird nicht fertig und fertig am Tage nach der Revolution bestehen, sondern das Produkt einer Entwicklung sein. Sie selber wird in steter Entwicklung sein und neue Fragen, neue Probleme aus sich erzeugen. Darüber mögen sich unsere Kinder und Kindeskiner den Kopf zerbrechen — und die sozialpolitischen Kinder von heute.

In seinen ausführlicheren Erläuterungen zum ersten Teil des Erfurter Programms geht Kautsky sogar jeder Angabe über die zur Durchführung der Vergeßlichkeit möglichst erforderliche Zeit gesonnen aus dem Wege, ebenso Liebknecht in seinem Buche über die Frau und der Sozialismus, obgleich Liebknecht sich sonst nicht scheut, seiner Phantasie Spielraum genug zu lassen.

Im Jahre 1891 erschien ein Buch von Oswald Röhrer, das sich ebenfalls mit dem Zukunftstaat beschäftigte. Dieses Buch war ja weit davon entfernt, die Frage zu lösen. Immerhin enthält es doch manchen guten Gedanken. Trotzdem sah Röhrer sich veranlaßt, es in der Neuen Zeit (gehört Jahrgang, 1891/92, erster Band, Nr. 3, Seite 87) nach Straß und Faden herunterzuputzen und als ein Machwerk hinzustellen, das ganz und gar nicht ernsthaft zu nehmen sei. Unter solchen Umständen hütete sich natürlich jeder Sozialdemokrat, etwaige Gedanken über die Ausgestaltung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung laut werden zu lassen, und es mußte als ein Wagnis erscheinen, daß der Professor Wallob im Jahre 1898 (damals aus unbekanntem Grunde noch unter dem Pseudonym Atlanticus) ein Buch herausgab, das sich ebenfalls mit der Frage beschäftigte. Der Schreiber dieser Zeilen hatte damals, als das Buch erschien, als organischer Parteimitglied und Gewerkschaftsführer Arbeiter nur sehr wenig Ruhezeit, und für diese lagerte eine Menge Lesestoff bei ihm, die schneller wuchs als die sich baldigsten ließ. Nichtsdestoweniger ließ er damals alle anderen Schriften liegen und arbeitete dieses Buch durch, weil er annahm, daß eine gründliche Auseinandersetzung über das Endziel der Partei anstehen werde. Aber nichts von alledem geschah! Wie wenig Beachtung das Buch fand, mag man in der Einleitung der vor einigen Wochen erschienenen zweiten Auflage lesen.

Wir wünschen, daß dieses Buch mehr gelesen und beachtet werde als die totgeschwiegene erste Auflage. Der Verfasser hat mehr über die Sozialisierung nachgedacht als wir alle. Er will ebenfalls nicht, daß sie auf die lange Bank geschoben werde. Vielmehr sagt er auf Seite 225 ausdrücklich:

Keinesfalls braucht man die Sozialisierung der Produktion auf eine mehr oder weniger ferne Zukunft zu verlagern, sondern kann sie sofort in Angriff nehmen und in fünf Jahren mit großem Nutzen für das deutsche Volk durchzuführen!

Wallob rechnet also nicht einmal mit Jahrzehnten, wie man neulich noch im Hallischen Volksblatt (N. S. P.) lesen konnte (siehe Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 7, Seite 25), aber immerhin doch noch mit fünf Jahren. Das sollten sich die Ungebildigten zu Herzen nehmen. Hören wir doch kürzlich jemanden ausrufen: „Jetzt warte ich schon vier Monate auf die Sozialisierung und sie kommt nicht!“ So wie dieser Genosse denken jetzt viele. Und dabei muß jedem, der das Buch aufmerksam liest, auffallen, daß Wallob die Sache noch zu rosig ansieht. Er berücksichtigt kaum die ungünstige Lage, in der Deutschland sich jetzt befindet, die ungeheuren Kriegslasten, die noch jahrzehntelang an ihm hängen werden, und an die noch schlimmeren Folgen der inneren Wirren konnte Wallob bei der Bearbeitung der neuen Auflage noch gar nicht denken. Er spricht allerdings dann und wann von besonderen Maßnahmen für die Uebergangszeit, geht jedoch im allgemeinen von der Annahme aus, daß das gesamte Unternehmertum in Industrie und Landwirtschaft sich mit der Vergeßlichkeit ihrer Betriebe abgefunden habe und von ihrer Seite keinerlei Sabotage und dergleichen mehr zu befürchten ist. Ueber diese haben unsere Kollegen in den Betrieben schon jezt unliebsame Erfahrungen machen müssen, und es ist zu erwarten, daß diese unangenehmen Erfahrungen sich noch vermehren werden, wenn es mit der Vergeßlichkeit Ernst wird, wobei es wahrscheinlich ist, daß man nur mit Gewalt nicht immer dagegen wird etwas ausrichten können.

Wallob fordert die gesetzliche Einführung einer vaterländischen Arbeitspflicht für die jungen Männer im Alter von 17 bis 22 Jahren und für die Mädchen im Alter von 15½ bis 20½ Jahren. (Seite 24, 33 und 225.) Für die Uebergangszeit macht er den Vorbehalt, daß die Arbeitspflicht länger dauern könne. Jeder, der dieser Pflicht genügt hat, soll berechtigt sein, eine Rente zu beziehen, mit der er für den Rest seines Lebens auskommen kann. Wer dann noch freiwillig weiterarbeiten will, kann es tun. Wir sind nicht in der Lage, Wallobs Berechnungen auf Richtigkeit prüfen zu können, hätten es aber doch für zweckmäßiger gehalten, mindestens vorläufig auch über die Uebergangszeit hinaus eine längere Arbeitspflicht zu fordern, als sechs Jahre für Männer und fünf für Frauen. Steht sich dann heraus, daß wir mit einer kürzeren Zeiddauer auskommen, dann wird es allgemeine Freude erwecken; erweist sie sich jedoch zu kurz und muß sie nachträglich verlängert werden, so wird der Mißmut groß sein.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist Wallob Sachverständiger und er beschäftigt sich in seinem Buche mit ihr verhältnismäßig ausführlich. Die Industrie behandelt er jedoch ziemlich oberflächlich, ferner betrachtet er Deutschland als geschlossenen Handelsstaat und berücksichtigt keine Ausfuhr. (Seite 37.) Für die Beschaffung von einigen Genußmitteln, Gemüsen, Reis, Dünge- mitteln usw. fordert er einige Kolonien. (Seite 51 und 52.) Nach seiner Meinung brauchen sie nicht umfangreich zu sein, sollen aber verhältnismäßig wenig gesundheitschädlich sein. Ob die anderen Mächte damit einverstanden sein werden, darüber macht Wallob sich anscheinend keine Sorgen. Außerdem rednet Wallob mit viel niedrigeren Arbeitslöhnen, als jezt gezahlt werden müssen. (Seite 123.) Auch hat er für Frauenarbeit allgemein eine geringere Vergütung in Aussicht genommen als für Männerarbeit. (Seite 236.) Auch auf Kinderarbeit in der Landwirtschaft rechnet er. (Seite 109 und 113.) Andere Sozialisten sind jedoch der Meinung, daß zu erzieherischen Zwecken für die Kinder zwar eine gewisse Arbeitsleistung in Aussicht zu nehmen ist, aber nur, damit sie die Arbeit würdigen lernen und man erkennen kann, zu welchem Verufe sie sich am besten eignen und am meisten Lust haben. Für die Gütererzeugung in der sozialistischen Gesellschaft sollte sie am besten außer Ansatz bleiben.

Dies alles haben wir nicht hervor, um an dem Buche zu mäkeln oder um seinen Wert herabzusetzen. Im Gegenteil sind wir der Meinung, daß es das beste Buch über die Vergeßlichkeit ist, das zurzeit vorhanden ist, und daß aus diesem Grunde jedermann es nicht nur lesen sollte, sondern sich seinen Inhalt möglichst gründlich zu eigen machen. Es ist einer unserer besten Sachverständigen, der dieses Buch geschrieben hat. Auch merkt man ihm an, daß es ihm heiliger Ernst mit der Vergeßlichkeit ist. Wer es noch nicht wußte, kann aus diesem Buche erkennen, wie ungeheuer schwer die Aufgabe ist, die Vergeßlichkeit durchzuführen, vorausgesetzt natürlich, daß er sich überlegen lassen will.

Otto Bauer, einer der am weitesten linksstehenden österreichischen Sozialdemokraten, hat neuerdings eine Schrift herausgegeben, die sich ebenfalls mit der Vergeßlichkeit beschäftigt. Sie unterscheidet sich unter anderem dadurch von dem Wallob'schen Buche, daß sie ein klein wenig auf unsere gegenwärtige Lage Rücksicht nimmt. Auch diese Schrift empfehlen wir gerne. Obwohl sie für deutsch-österreichische Leser bestimmt ist, wird auch der sogenannte Reichsdeutsche sie mit Nutzen lesen. Bauer fordert zunächst die Vergeßlichmachung der Großindustrie und -Entschädigung der bisherigen Eigentümer, „denn es wäre unbillig, die Aktionäre der Kohlengruben und der Eisenwerke ihres Eigentums zu berauben, solange alle anderen Kapitalisten im Besitz ihres Eigentums bleiben. Aber den Entschädigungsbetrag, den der Staat den bisherigen Eigentümern der Schwerindustrie bezahlen muß, soll die Gesamtheit der Kapitalisten und der Grundherren bezahlen...“ (Seite 6.) Für die Vergeßlichkeit macht er Vorschläge, die an die von Kautsky erinnern. Nach Bauers Meinung werden sich jedoch nicht alle Industriezweige für diese Form der Vergeßlichkeit eignen. In solchen Fällen schlägt Bauer die Verpahtung der enteigneten Industriezweige an die Großverbraucher-gesellschaft der Konsumvereine oder an die Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften vor. (Seite 8.) Als Beispiel nennt Bauer die Kerzen- und Seifen-, und ferner die Kunstdüngerfabrikation. Den Arbeitern und Angestellten der verpahteten Betriebe soll natürlich Ein-

fluß auf die Verwaltung und Anteil am Reingewinn vertraglich gesichert werden.

Für unsere Leser ist der vierte Abschnitt der Schrift besonders beachtenswert, weil er von den Arbeiterausschüssen handelt. Er fordert darin unter anderem gesetzliche Regelung des gewerkschaftlichen Vertrauensmännertums. Wir können hier nicht auf alle Einzelheiten der Schrift eingehen und wollen nur noch hervorheben, daß Bauer im Gegensatz zu Wallob Deutschland nicht als geschlossenen Handelsstaat auffaßt, weil er für Zollfreie Einfuhr von Getreide eintritt. (Seite 20.) Wenn aber Getreide eingeführt werden soll, so muß Deutschland als Entgelt auch Waren ausführen können.

Bauer bemerkt am Schluß seiner Schrift, der Weg zum Sozialismus, den er gezeigt habe, sei nicht der einzige denkbare. Er läßt aber keinen Zweifel darüber, daß er nur den Weg zielbewußter Arbeit für gangbar hält. Damit spricht er, ohne es ausdrücklich zu sagen, auch allen entgegengekehrten Bestrebungen das Urteil.

Im Anschluß an diese Ausführungen erlauben wir uns noch, auf eine Schrift zurückzuweisen, die zwar schon im Jahre 1906 erschienen, aber neuerdings wieder zeitgemäß geworden ist. Der Niederländer Anton Pannetier, der bekanntlich bei einem Teil der deutschen Sozialdemokraten in hohem Ansehen steht, hat einmal einen Vortrag über Umwälzungen im Juliunfstaat gehalten, den der Verlag der Leipziger Volkszeitung als Druckschrift herausgab. Wir können uns hier nicht ausführlich mit dieser Schrift beschäftigen und müssen uns darauf beschränken, an eine Stelle in dem erwähnten Vortrage zu erinnern. Auf Seite 29 sucht Pannetier die Frage zu beantworten, was geschehen müsse, wenn die Arbeiter sich der Staatsgewalt bemächtigt haben. Pannetier sagt:

Es gibt Leute, die da denken und sagen: Nun, das versteht sich; man wird das Privateigentum abschaffen und vielleicht alles Kapital konfiszieren. Noch seltsamere Ansichten über das, was dann geschehen wird, kann man in Eugen Richters schönen Büchlein lesen. Unsere eigenen Genossen haben darüber selbstverständlich vernünftiger Ansichten, denn in unserem Programm steht als Endziel unseres Strebens nur dies eine: die Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Bei ihnen findet man vielfach die Ansicht, daß man dann durch bestimmte Maßnahmen, Gesetzes- erlasse zum Beispiel diese Vergeßlichmachung der Arbeitsmittel zustande bringt. Dennoch ist diese Auffassung, wie wir glauben, unhaltbar; ihr haftet noch ein Stück des alten Utopismus an. Eine neue Produktionsweise läßt sich nicht durch ein Gesetz oder irgend eine politische Maßregel einführen; sie muß durch eine schnellere oder langsamere gesellschaftliche Entwicklung aufwachen. Politische Einrichtungen können diese Entwicklung fördern oder hemmen, und das Ziel aller Revolutionen ist deshalb, durch Umgestaltung der politischen Verhältnisse die Hemmnisse der Entwicklung zu beseitigen. Das Ziel der sozialen Revolution ist also auch, die Hindernisse zu beseitigen, die jezt der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus aus der politischen Herrschaft der Bourgeoisie erwachsen, damit die natürliche und notwendige Entwicklung eine freie Bahn findet.

Es kam uns in diesem Falle hauptsächlich auf den von uns durch Sperdruß herangezogenen Satz an. Das übrige sehten wir nur hierher, um dem Vorwurfe zu entgegen, daß wir den Satz aus dem Zusammenhang gerissen hätten. Also auch Pannetier war schon 1906 der Meinung, daß die Vergeßlichkeit sich nicht im Galopp vollziehen lasse. Und dabei konnte er damals natürlich noch keine Ahnung von den besonders großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, die sich ihr 13 Jahre später in Deutschland entgegenstellen würden.

Sollen wir nun unter den heutigen Verhältnissen auf die Vergeßlichkeit verzichten? Selbstverständlich nicht! Wie wir jezt sehen, ist auch die Reichsregierung nicht der Meinung. Schon in der vorigen Nummer veröffentlichten wir ihren Aufruf vom 1. März, nebst dem als Rahmengesetz zu denkenden Entwurf zum Reichs-Sozialisierungsgesetz; ferner den Entwurf zu einem Gesetze über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, von der alle Sachverständigen übereinstimmend der Meinung sind, daß sie wohl zuerst vorgenommen werden muß. Damit ist selbstverständlich noch nicht alles geschehen, sondern die Hauptarbeit geht erst an. Aus den Verhandlungen in der Nationalversammlung können wir schon jezt sehen, daß die dortigen Sachwalter der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Sozialisierungsgesetze aufs schärfste bekämpfen. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß selbst, wenn die Gesetze von der Nationalversammlung angenommen worden sind, das Unternehmertum alles dransetzen wird, um ihre Durchführung unmöglich zu machen.

Es richten sich jezt viele Blicke auf Sachsen, weil dort die Sozialdemokraten besondere Anstrengungen machen, um die Vergeßlichkeit anzubahnen. Viel Beachtung finden die Vorschläge von Kranold, Dr. Neuraß und Schumann. Wenn man diese aber, soweit sie bis jezt veröffentlicht sind, genauer ansieht, so erkennt man, daß auch sie eine schnelle allgemeine Verwirklichung des Sozialismus ebenfalls nicht verheissen.

Die nächste Zeit wird von der Arbeiterschaft ein Maß politischer und wirtschaftlicher Einsicht fordern, wie noch nie. Es kann nicht gleich alles auf einmal geschehen. Wir haben schon gezeigt, daß dies hervorragenden sozialdemokratischen Führern schon früher klar war. Es gilt jezt aber, diese Erkenntnis auch unter den Massen zu verbreiten. Jezt heißt es ernsthaft arbeiten, damit die Vergeßlichkeit fortgeschritten kann, und alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die sich ihr entgegenstellen. Vor allen Dingen müssen wir uns jezt aber alle darüber klar sein, daß die Sozialisierung sich nicht in kurzer Zeit durchführen läßt. Wenn das Wort „sofortige Sozialisierung“ einen Sinn haben soll, so kann man es nur so verstehen, daß jezt mit den Vorbereitungen dazu begonnen und so schnell und gründlich wie möglich weitergearbeitet wird. Wie wir sehen, ist der Anfang ja auch schon gemacht worden.

\* Der sozialdemokratische Staat. Grundzüge einer utopischen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems. Von Oswald Röhrer. Nürnberg 1891. Druck und Verlag von Wörlin & Comp. 212 Seiten.

\* Der Weg zum Sozialismus. Von Otto Bauer. Wien 1919. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI. 32 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 80 Heller.

\* Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftstaat. Zwei Vorträge, gehalten für die Sozialdemokratischen Vereine im 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreis von Anton Pannetier. Leipzig 1906, Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft. 47 Seiten.

### In den Lehrverträgen in der Metallindustrie

Die heutigen Lehrverträge sind noch ganz erfüllt von dem Geist vergangener Zeiten. Schon längst vor dem 9. November 1918 waren sich Kenner des Lehrlingswesens einig, daß die in der Gewerbeordnung festgelegten Lehr- und Jugendbeschulungsparagrafen einer Veränderung unterzogen werden müßten. Vielen Unternehmern und Handwerksmeistern dagegen ist schon das Wenige, was an Jugendschutz in der Gewerbeordnung gemahnt wird, zu weitgehend, und oft genug müßten Gewerbeinspektionen und Vertrauensleute der Arbeiterschaft gegen die einschneidenden, die gar zu übermäßig die Jugendschutzgesetze mißachteten. Gesetze erhalten nicht immer, aber doch häufig den Niederschlag der Stärke oder Schwäche freier Willen; betrachtet man in diesem Sinne die den Lehrvertrag behandelnden Paragrafen, so muß man gestehen, daß es die Handwerksmeister einst sehr gut verstanden haben, ihre Vorteile und nur diese zu wahren. Aber die technische Entwicklung stand nicht still in all den Jahren, schon längst bilden die Handwerksmeister nicht mehr den größten Teil der lernenden Jugend aus, ganz besonders nicht in der Metallindustrie. Fabrikbetriebe mit neuesten Maschinen und größter Arbeitsteilung beschäftigen Hunderte von Lehrlingen unter Verhältnissen, die Handwerksmeister nicht bieten können. Der Großbetrieb kann es sich leisten, in besonderen Lehrlingsabteilungen unter Aufsicht guter Fachleute den Lehrlingen des ersten Lehrjahres die beruflichen Grundbegriffe beizubringen und dann bei dem clappernetzen Durchwandern der einzelnen Abteilungen das Erlernen der Werkzeuge und Maschinen zu lehren. Je nach Gewerbe und Einrichtung mögen auch noch mittlere oder größere Handwerksmeister gute Gelegenheiten zur Einführung in den Beruf bieten; von Kleinmeistern kann das nicht durchweg gesagt werden. Kleinbetriebe stellen heute sehr häufig nur Teile von Maschinen oder anderen Gegenständen her, die in andern Betrieben zusammengekauft werden; häufig sind es nur Reparaturen oder geringfügige einfache Neuanfertigungen, also eine Erzeugungsart, die keine genügende Gewähr für einen geordneten Lehrgang abgibt.

Aus dieser Erkenntnis heraus sind Unternehmer von Fabrikbetrieben mehr und mehr dazu übergegangen, den für sie benötigten Nachwuchs der Gehilfen selbst heranzubilden. Aber nicht durchweg war diese Erkenntnis maßgebend; das starke Angebot von Lehrlingen im Metallgewerbe verführte manchen Führer der Zwerg- und Mittelbetriebe, reichlich viel Lehrlinge einzustellen, um mit Hilfe dieser billigen Arbeitskräfte der Konkurrenz leichter standhalten zu können. Somit ergibt sich eine äußerst bunte Reihe von Ausbildungsstätten, ein Zustand, der von unserm Ideal, den staatlichen Lehrverträgen, noch recht weit entfernt ist. Dem heutigen neuen, aber übermäßig verschuldeten Staat können wir eine weitgehende Finanzmaßnahme der Berufsausbildung noch nicht zumuten, der hat zunächst dringendere Aufgaben zu lösen, aber was wir von ihm verlangen können, das ist, daß er alle verstaatlichten Paragrafen — Jesein unserer Jugend — aus dem Wege räumt, daß er die Bahn freigibt für das Gesunde, Neue, das aus der Arbeiterschaft nach oben bringt.

Wo fangen wir an? Nicht erst beim eigentlichen Lehrmeister, sondern schon vorher — bei der Berufswahl. Schon in den letzten Schuljahren sollte bei den Schülern das Verständnis für das Berufsleben geweckt werden. Durch Vorträge oder Kinovorführungen aus dem Gebiete des Handwerks und der Technik, durch Beschäftigungen mit handwerklichen Tätigkeiten, durch Anfertigung von Modellen und Zeichnungen nach diesen Vorlesungen, durch Vorlesen geeigneter Aufsätze und — wenn möglich — durch Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen kann, wenn auch nicht vollkommen, so doch besser als bisher die Anlage zu manchem Beruf vertieft oder doch leichter erweckt werden. Der Lehrer, der Arzt und der Fachmann sollten dann bei der Entscheidung zum Beruf zusammenwirken, den jungen Berufswählern auf geeignete Anlagen prüfen.

Durch Verbindung mit Zentralen zur Lehrstellenvermittlung muß der jetzigen Planlosigkeit bei der Lehrstellenbeschaffung entgegengetreten werden. Zurzeit liegt es so, daß die guten Verbindungen der Eltern oder des Vormannes ausschlaggebend für eine passende Lehrstelle werden; ob Veranlagung oder Liebe zum Beruf vorhanden, ist häufig Nebensache. Die manche tüchtige Berufskraft geht verloren, indem der Jugendliche dem Handwerk überhaupt nicht zugeführt wird, sondern als jugendlicher Arbeiter sofort mitverdiene muß, oder glücklicherweise bei einem kleinen Glanzenmeister vier Jahre herunterhampert, um dann zum Schluss nicht einmal den tariflichen Mindestlohn verdienen zu können. In dieser Beziehung gibt es in der Metallindustrie noch ein großes unbenutztes Gebiet, die Entwicklung marschierte zu schnell, die organisierten Gehilfen hatten mit sich selbst und den Unternehmern zu viel zu tun. Lehrverträge waren und sind leider heute noch für viele ein „Nicht-nicht-an“. Der Lehrvertrag war und ist heute noch die Kamer, die Gehilfen und Lehrlinge voneinander scheidet. Soll das in Zukunft auch weiter so bleiben? Haben nicht alle gelehrten Kollegen Ursache zu wissen, wieviel jugendliche Kollegen ihrem Beruf jährlich zugewandern, mit welchen Kenntnissen und Fähigkeiten diese ausgerüstet für den tariflichen Mindestlohn in Frage kommen?

Wie lauten all die Forderungen der Metallarbeiterjugend? Nach vorbereitender Berufseinführung in den letzten Schuljahren endgültige Berufswahl unter Mitwirkung der Lehrer, Väter und Fachleute. Je nach Qualifizierung des Berufes Einführung von Anstufen, die auf eine Veranlagung zum Beruf schließen lassen. Zentralisierte Lehrstellenvermittlung auf jährlicher Grundlage; das Selbstbestimmen von Lehrstellen ist gesetzlich zu verhindern. Vermittlung von Lehrlingen nur an solche Lehrverträge, die gesetzlich angemeldet und von der paritätischen Berufsausschusskommission zugelassen sind. Zernerwähnte Nachprüfung der Gehilfen durch paritätische Berufsausschüsse auf die Gewähr einer guten berufsmäßigen Ausbildung. Anwendung des gesetzlichen, bis zum 18. Lebensjahr hinausgehenden Jugendschutzes auf alle Betriebe; damit zusammenhängende entsprechende Kontrolle durch die Gewerbeinspektionen. Die tägliche Arbeitszeit darf mit Einschluß der an den Werktagen abzuholenden Schicht 8 Stunden nicht überschreiten. Sonntags- und Ruhetagsarbeit ist auch für Ausnahmefälle zu verbieten. Ein höherer Erholungsurlaub für jede Jahresklasse ist in die gesetzlichen Jugendbeschulungsbestimmungen aufzunehmen. Verbot des Spitz- und Logiszwanges, sowie aller häuslichen Arbeiten, die mit der Berufsausbildung nichts zu tun haben. Einführung des unentgeltlichen Fortbildung- und Fortschulungsunterrichts für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre. Ausbau der Fortbildungs- und Fachschulen zu Berufsschulen. Die Vertiefung von Fachkenntnissen im Hauptberuf ist zu fördern, bezügl. die Angleichung von Berufsausbildungsstellen. Revision aller Schul-Stundenbestimmungen und angemessene Vertiefung der Jugend in allen Schulen. — Die Lehrverträge sollen nicht nur die dem Lehrling zustehenden Rechte, sondern der jeweilige in Betracht kommende Beruf soll durch paritätische Kommissionen (Arbeiter- und Betriebsmeister oder Unternehmern) Richtlinien für Lehrverträge des Gewerbes aufstellen; die Lehrverträge sollen erst gültig sein, wenn neben den üblichen gesetzlichen Bestimmungen die Unterzeichner der paritätischen Berufsausschüsse (Berufsausschüsse).

Lehrverträge sollen nicht enthalten: eine längere als drei Jahre dauernde Lehrzeit; eine Verbindung der Ausbildung mit dem Lehrling; Bestimmungen über das Annehmen eines Teiles des Lohnes; die bestmögliche Verankerung von Strafen betreffend die Lösung des Vertrages; Zahlung von Vergeld von den Angehörigen des Lehrlings. Eingeschlossene Solonatarverträge fallen in den Rahmen der Lehrverträge.

In der Gewerbeordnung sind folgende Paragrafen zu ändern oder aufzuheben:

§ 127a, der dem Lehrling oder dessen Stellvertreter das Stimmrecht zugeht.

Aus denselben Gründen ist ein Abschluß des § 127b, der auf § 124 zurückgeht, dieses vollständig einzufügen.

§ 127c, der der Polizei das Beschlagnahme- und Strafrecht an den Lehrlingen überläßt.

§ 127e Absatz 2, der nach Auflösung des Vertrages das Weiterlernen erst nach dem Ratgeber in demselben Beruf gestattet und von der Genehmigung des ersten Lehrmeisters hängt.

§ 127f und g, die nähere Straftatbestände regeln, unter andern die Zahlung einer Strafe, die sich zusammensetzt aus der Hälfte des Gehilfenlohnes mal Anzahl der Straftage bis zu sechs Monaten.

Die Lehrlingsstreitigkeiten sollten zuerst im Betriebe unter Hinzuziehung der Eltern und Vertrauensleute der Arbeiterschaft geschlichtet werden; als weitere Instanz käme die paritätische Berufsausschusskommission in Betracht und zuletzt erst die ordentlichen Gerichte.

Ist die Gewerbeordnung und damit der Lehrvertrag von obigen Paragrafen gereinigt, so sollte in den Lehrverträgen neben den bisher bewährten Bestimmungen besonders geachtet werden auf: die genaue Angabe der täglichen Arbeitszeit, unter Wahrung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit und der Jugendschutzgesetze; die Angabe des Mindestlohn nach Jahresklassen, der durch die paritätische Berufsausschusskommission allgemein festzusetzen ist; die genauen Bestimmungen über die Bezahlung des Kranken-, Invaliden- und Schulgeldes, sowie über die Anschaffung von notwendigen Werkzeugen; die Festsetzung des Ausbildungsanges des Lehrlings in verschiedenen Unterabteilungen des Betriebes innerhalb bestimmter Zeiträume.

Die Berufsausschüsse sollen ferner genau prüfen, ob die Arbeit für die Ausbildung zulässig ist. Nach Möglichkeit ist diese zu verhindern, besonders auch beim Zusammenarbeiten mit Gehilfen in Kolonnen.

Bereits abgeschlossene Lehrverträge sind den Paragrafen später vereinbarter Tarifbestimmungen anzupassen. Diese Vereinbarung ist äußerst wichtig, da ohne sie ältere Lehrlinge ungünstiger abgedrückt würden als jüngere.

Vorstehende Forderungen zusammenfassen: mögen reichlich erscheinen, trotzdem beziehen sie sich nur auf die nächste Zukunft und sind ohne erhebliche Kosten durchführbar; sie sind zum Teil von einschlägigen sozial denkenden Lehrherren anerkannt. Kleinunternehmer mögen darüber anders denken, aber das soll die Arbeiterschaft nicht abhalten, das Recht der Jugend zu vertreten.

Somit gesetzliche Änderungen notwendig sind, sollten unsere parlamentarischen Vertreter sich der Jugendfrage annehmen, aber auch in unseren Bezirken- oder Berufsvertretungen sowie in größeren Betrieben sollten sich ältere Kollegen finden, die das Recht der Jugend vertreten und fördern. Ohne rege Mitarbeit und Anteilnahme der älteren Kollegenschaft ist für unsere heranwachsende Jugend nichts oder wenig zu ändern. Wenn man hier nichts tut, dann soll man sich nicht wundern, wenn die Jugend sich auf ihre Art hilft.

H. Reizner (Berlin).

### Lohnverhältnisse in der neuen Wirtschaftsordnung

Arbeits- oder Lohnarbeit?

Durch das traurige Ende des Weltkrieges ist das ganze Wirtschaftsleben auf seinem Tiefstand angelangt. Jetzt muß etwas Positives geschaffen werden, um aus den jetzigen unhaltbaren Zuständen herauszukommen. Zum Wohle des ganzen Volkes bedarf es intensiver und resister Arbeit aller Kollegen. Wir wollen und müssen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, da heißt es arbeiten und eifrig arbeiten denn je. Die Arbeitskraft des einzelnen wirksam zu interessieren, kann meines Erachtens nicht durch Einzelgehälter, sondern nur durch Stufenlöhne, also Lohnarbeit, erzielt werden. Hiermit will ich absolut nicht sagen, daß der alte Schlarbian wieder Platz greifen darf; wo heute 14 M. und morgen bei schlechtem Material nur 7 M. verdient werden, da begann dann stets das „Zuckergetriebe“ bei dem Meister — denn man war dieser Herren auf Gnade und Ungnade ausgeliefert —, damit der gute Mann einige Schicksalsstunden dazu-schiebe, um nur einigermaßen genügenden Arbeitslohn zu erzielen. Dieses System ist unter allen Umständen zu verworfen. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden. Daß die Gütererzeugung bei Lohnarbeit gewaltig zurückgeht, hat wohl jeder einsichtige Kollege in allen Zweigen der Industrie vom 9. November 1918 an erfahren. Uns ist aber nur gebietet, wenn sich die Industrie rentabel gestaltet und dieses wiederum kann nur durch vermehrte Produktion erreicht werden. Dasselbe wäre bei der Sozialisierung aller Zweige der Großindustrie der Fall. Also kommen wir am Lohnsystem gar nicht vorbei. Nur müßten allerdings beim Festlegen der Lohnsätze langjährige, erfahrene Kollegen aus den Betrieben hinzugezogen werden, die beratend und ausgleichend mitwirken im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

R. Graudenz.

In Nr. 4 der Metallarbeiter-Zeitung schrieb ein Nürnberger Kollege, daß wir ohne Arbeitslohn nicht auskommen können und dieses Währungsproblem beibehalten müssen, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Ich sage: Das Lohnsystem ist ein Währungsproblem und hat immer nur Nebenwirkungen im Gefolge. Als der Lohnwert sinkt, wird die Unternehmung damit abgehoben. Nun aber bedarf es harter Kämpfe. Selbstverständlich müssen wir arbeiten, denn vieles ist durch den Krieg verloren. Und wir wollen arbeiten. Ein jeder an seinem Platz. Aber auch die Herrschaften müssen herangezogen werden, die bisher andere Leute für sich haben arbeiten lassen. Ob nun in Ländern jenseits der deutschen Grenzen noch in Arbeit gearbeitet wird, kann für uns doch nicht bestimmend sein. Warum sollen wir denn warten, bis Amerika oder England etwas in der Lohnfrage unternimmt? Wenn die Gütererzeugung zurückgeht, so liegt dieses nicht an den Arbeitern, welche doch während des Krieges zur Genüge bewiesen haben, daß sie ihren Mann stellen können. Zudem halten wir uns auf dem Weltmarkt niemals durch Quantität, sondern nur allein durch Qualität wettbewerbsfähig. Leider gibt es ja noch eine Menge Brüderbeizer, die da meinen, im Stande zu sein sich auf Kosten der Mitarbeiter „honorar“ zu lassen. Dieses ist aber nur da möglich, wo noch eine Anzahl nichtorganisierten Arbeiter beschäftigt ist. Dort müssen dann die organisierten Arbeiter diese Leuten im Saum halten, sie belehren, nötigen und die nichtorganisierten Arbeiter durch unerträgliche Werbung dazu bewegen, sich in den Verband einzuschließen zu lassen. Wo dann aber einmal eine Mehrheit der organisierten Arbeiter besteht, kann durch energische und gerechte Kritik in Betriebsversammlungen dafür gesorgt werden, daß Erden und Forderungen aufhört. Und dann liegt es im Interesse des Unternehmers selbst, nur organisierte Arbeiter einzustellen. So werden dann einestrichs sämtliche Arbeiter gezwungen, sich zu organisieren, und andererseits zwingt sich der Unternehmer wieder gegen Forderungen und Brüderbeizer, indem ja die Arbeiter unter sich schon dafür sorgen, daß jeder anständig arbeitet. Eine der Hauptforderungen der Gewerkschaften ist es doch, den Lohn abzusichern, und ich hoffe, daß nun endlich einmal energisch diese Forderung durchgeführt wird. Sodann fällt ja auch weiß und mehr der Grundton fort, daß jeder eine besondere Arbeit zu leisten hat und dadurch einen mehr verdienen darf als der andere, da Arbeitsteilung immer mehr durch Maschinenarbeit ersetzt, also die Arbeit immer mehr spezialisierter wird. Wenn in dieser Hinsicht festlich und unentgeltlich vorgegangen wird, kann das Ende nur ein sein. Die Arbeiter müssen in Jahresverträgen angeführt, einheitliche Stundenlöhne und Mindestlöhne für ganze Berufe müssen diktiert und festgelegt werden. Nur so wird es möglich sein, die Kollegen zu schützen, und nur so wird vermehrt, daß kein solches, welche bisher ihre Arbeit verdrössen und unentgeltlich vertrieben haben, freudig und mit einem gewissen Erfolg sich zu den Arbeitern rechnen. Nur das Lohnsystem ist falsch, daß die Arbeiter eines Betriebes ungleich werden, weil der eine und andere durch Zahlen und zahllose Überstunden eben einen höheren Verdienst erzielt als einer, der anständig arbeitet. Haben werden ja auch nur durch diese Art die Lohnsätze gedrückt. Wollen wir der arbeitenden Klasse einen Dienst erwirken, wollen wir ihre Lage besser und menschenwürdiger gestalten, dann treten wir nur ein für Stundenlohn und werden wir unabhängig für den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

H. B. (Kaiserslautern).

Warum will der Unternehmer die Arbeit und nicht die Lohnarbeit? Bei der Arbeit ist der Arbeiter sozusagen wieder ein kleiner Unternehmer. Er übernimmt eine gewisse Arbeit für einen gewissen Satz Geld und trägt die ganze Verantwortung. Hat er also Unglück, daß ihm ein Stück Ausschub wird, so macht er auf sein Risiko die Sache noch einmal. Würde der Fall im Lohn passieren, hätte der Arbeiter die Zeit bezahlt bekommen. Außerdem wird der Arbeiter beim Lohn zur intensiveren Arbeitsleistung angepörrt. — Warum will der Arbeiter lieber den Lohn als den Lohn? Hier möchte ich zuvor betonen, daß der Unternehmer viel daran schuld ist, wenn der Arbeiter keinen Lohn will. Erstens, weil die Lohnpreise nicht auf rechten Unterlagen aufgebaut sind, weil bei der Preisfestsetzung meistens der günstigste Fall angenommen wird. Wenn nun der gute Arbeiter gerade zu tun hat, daß er auf sein Geld kommt, so soll dann bei dem weniger geschickten Arbeiter die Lust zum Lohn herkommen? Der Zeitfaktor ist eben zu kurz bemessen, und warum? Weil er fast immer theoretischen Ursprungs ist. Wenn ein richtiger Preis zustandekommen soll, muß der Gegenstand auch praktisch durchgearbeitet werden, bei mäßiger Arbeit, und in Verhältnissen, wie sie tatsächlich in der Praxis vorkommen. Nicht, daß ein außerordentlich geschickter Arbeiter schon alle Spezialwerkzeuge vorweg handgerecht geschliffen bekommt, die Drehbank sich und fertig hergerichtet ist, mit einem festgesetzten Zeitpunkt eine Stunde lang mit dem höchsten Grade seiner körperlichen Leistung arbeitet. Langweilich eine Stunde lang; wenn er noch ein paar Stunden gearbeitet hätte, wäre er krankenhausaufnahmefähig gewesen. Also, wenn man so etwas sieht, wie Lohnpreise gemacht werden, dann haben die Arbeiter mit Recht Grund, den Lohn zu verweigern. Dann kommen noch Zeichnungs- und Modellfehler vor, Mangel im Material, bei welchen der Dreher drei- und mehrmal in die Wohrmaschine und hartes Material, wo kaum ein Drittel der angenommenen Tourenzahl in Frage kommen. Alles Sachen, welche bei der Kalkulation nicht berücksichtigt worden sind. Manlich berechnen die Herren Kalkulatoren mit Willen eher niedriger als höher, um bei den Herrn Chefs gut zu stehen. Daß sie dadurch das Geschäft mehr schädigen, daran denken die Herren aber nicht; denn wäre noch ein Spielraum vorhanden, könnte die Arbeit faulber und genauer hergestellt werden.

Nun kommt noch die Personfrage in Betracht. Der Meister ist dem einen sympathischer gesinnt, als dem anderen, der eine bekommt die Arbeit, bei welcher er weniger angestrengt arbeiten muß, als der andere. Das ganze System ist eben so aufgebaut, daß die Arbeiter wohl oder übel dem Meister ausgeliefert sind. Von Fall zu Fall muß sich der Arbeiter trotz seiner angestrengten Arbeit noch wegen dem Gelde herumstreiten. — Also der Arbeiter bekommt seinen Lohn, nun sehe er nur zu, wie er zu seinem Gelde kommt; der Meister fragt nicht: hast du Stoffe, passende Vorrichtungen oder sonst alles Erforderliche, was bei der Kalkulation vorausgesetzt wurde.

Aus allen diesen Gründen muß, wenn der Lohn erhalten bleiben soll, weil nach Meinung der Unternehmer sie dann nicht mehr konkurrenzfähig sein könnten, in allen Betrieben ein genügender Mindestlohn sichergestellt werden. Unter diesem Verhältnis wäre der Arbeiter das bisher getragene Risiko los. Nun wird natürlich unter den alten Lohnverhältnissen im Jetzt gearbeitet werden. Das wird der Unternehmer aber auszumergen suchen, indem er richtige Preise festsetzt, für gutes Material sorgt, zweckentsprechende Maschinen und Vorrichtungen anschafft. Und wir werden sehen: der Arbeiter fährt gut und der Unternehmer noch besser; denn nun kann er erst rational arbeiten, und das Arbeiter erfährt auf beiden Seiten Erleichterung.

Hier möchte ich noch erwähnen, daß der Vorschlag des Dr. Ing. Pfeisler (Leipzig), besondere Kalkulatoren heranzubilden, kein übler Gedanke ist, vorausgesetzt: diese Herren müssen eben Menschen sein, eine sehr lange praktische Lehre durchmachen und sich dann erst theoretisch bilden; denn nur so wäre es möglich, einigermaßen tüchtige Kalkulatoren zu bekommen. Sie müssen wissen, daß eine Waise im Spitz, oder hartes Material, alle Theorien und Maschinenkenntnis über den Haufen wirft. Solche Fälle sind und werden im Lohn Streitfragen bleiben, sie werden trotz allen Sinnes nicht auszuwarten sein. Vor allen Dingen muß beim Lohn Vertrauen auf der einen Seite und Vertrauen auf der anderen Seite herrschen, wo das nicht der Fall ist, leidet die Lohnfrage von vornherein Schiffbruch. Deswegen muß ein Mindestlohn angestrebt werden, um alle diese Umstände in friedliche Bahnen zu leiten. Kämpfe haben wir genug gehabt, daß es an der Zeit ist, nun endlich einmal im Frieden zu leben. Nur so ist es möglich, daß wir aus dem Chaos herauskommen, um vor allen Dingen die Rohmaterialien- und Lebensmittelfrage zu lösen.

Emil Richter (Leipzig).

### Der Generalstreik in Düsseldorf

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Am 27. Februar 1919 ging hier ein Generalstreik zu Ende, der in seiner Entwicklung und seiner Tendenz so stark das Gepräge der Neuzeit trug, daß es lohnt, ihm eine Betrachtung zu widmen. In Düsseldorf und seiner näheren Umgebung nahmen an diesem Streik ungefähr 70 000 Arbeiter teil.

Am 10. Februar wurde in Münster der Generalstreik aufgelöst und ein Teil seiner Mitglieder verhaftet. Aus Anlaß der Streiks im Januar und Dezember im Ruhrgebiet war schon vorher der Gedanke erwogen worden, Militär ins Industriegebiet einrücken zu lassen. Es war jedem klar, daß dies jetzt zur Ausführung kommen würde. In den Orten, wo Spartakus durch eine strapellose Agitation über eine fastliche Zahl von Anhängern verjagt, freizette es schon geraume Zeit ganz bedenklich. Die sogenannten Kommunisten hatten hauptsächlich ihre Anhänger in Hamborn, Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Sterkrade und Düsseldorf. Seit zwei Monaten wird in diesen Orten die Freiheit verbreitet. Die Freiheit ist ein kommunistisches Heißblatt allerhöchster Sorte und wird von dem bekannten Karl Rinjer zugeht.

Als der Anmarsch der Regierungstruppen bekannt wurde, berief man für den 14. Februar eine Konferenz nach Essen zusammen, die über die allenfalls zu treffenden Maßnahmen bestimmen sollte. Die Konferenz war besucht von den drei sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. Die Spartakisten hatten die Konferenz zahlreich besetzt. Bei genauer Prüfung der Mandate würde die Hälfte für ungültig erklärt worden sein. Es soll auf die Konferenz nicht näher eingegangen werden. Nach langem Debattieren wurde beschlossen, eine Kommission nach Münster zu entsenden, um mit dem Generalkommando über die Jurisdiktion der Truppen zu verhandeln. Im Falle der Ablehnung sollte der Generalstreik proklamiert werden. Eine Konferenz am 18. Februar sollte den Bericht entgegennehmen und die weiteren Maßnahmen treffen. Die Abstimmung wurde von einem Teil der Delegierten angezweifelt.

Die Spartakisten wollten es bei dieser Gelegenheit auf eine Machprobe ankommen lassen. Sie befürchteten nicht mit Unrecht, daß die Dienstreisungskonferenz (am 18. Februar) nicht das gewünschte Resultat, den Generalstreik, zeitigen würde. Deshalb mußte vorgeplant werden. Am Sonntag vorher trafen sich deshalb „zufällig“ Vertreter der Spartakisten des Ruhrgebietes in Mülheim (Ruhr). Dort wurde beschlossen, sofort in den Generalstreik einzutreten. Am Montag morgen sollten alle großen Fabriken und namentlich die Zechen stillgelegt werden. Das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen sollte ebenfalls verhindert werden. An jedem Ort sollte nur ein „revolutionäres“ Organ erscheinen. Am Montag früh wurden dann auch tatsächlich auf diesen Beschluß hin ein großer Teil der Zechen und Fabriken des Industriegebietes stillgelegt.

In Düsseldorf proklamierte Sonntag morgen auf einer Zusammenkunft der Volkswacht der Führer derselben schon für Sonntag den Generalstreik. Als die Arbeiter Montag morgen nach den Fabriken kamen, fanden sie dieselben durch bewaffnete Spartakisten besetzt. Schließlich sollte die Arbeit aufgenommen, aber um 10 Uhr morgens niedergelegt werden. Um 10 Uhr heulten dann auch die Sirenen und die Arbeiter verließen die Betriebe. Wo sie nicht gutwillig gingen, wurden sie mit Wassergewalt hinausgetrieben.

Daß über die Organisation, die Möglichkeit der Durchführung und die Dauer des Streiks nicht das geringste beraten noch bekannt-



